

Pressemitteilung

28.03.2023

Was muss öffentlich finanzierte Kultur leisten?

Initiative Kulturzukunft Bayern fordert Kulturentwicklungsplan als Teil des nächsten Regierungsprogramms

München

Eine umfassende kulturpolitische Strategie bei der Sanierung oder dem Neubau von Kultureinrichtungen ist unerlässlich, um die jeweiligen Häuser, egal, ob sie Kunst oder Oper beherbergen, fit zu machen für die Anforderungen des nächsten Jahrzehnts. Dazu gehört auch, den kulturellen Auftrag zu erweitern, sich spartenübergreifend zu vernetzen und sich Gedanken darüber zu machen, was Kulturbauten und öffentlich finanzierte Kultur in Zukunft leisten müssen. „Daher ist eine Initiative wie die Ihre besonders wertvoll und ein wichtiger Schritt in diese Richtung“, so Regula Lüscher, Stadtmacherin und Senatsbaudirektorin Berlin a.D. bei einer Veranstaltung der Initiative Kulturzukunft Bayern, die inzwischen von anfänglich 16 auf 24 Kulturförderkreis mit rund 13 000 Mitgliedern angewachsen ist. Die bisherige Arbeit und viele Hintergrundgespräche mit Politiker*innen tragen Früchte, denn Markus Blume, bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, wird bei der nächsten öffentlichen Veranstaltung der Initiative am 22. Mai seinen Masterplan Kultur vorstellen.

„Jetzt die Stimme erheben.“

Was muss öffentlich finanzierte Kultur leisten? Diese Frage wurde am Montagabend im Künstlerhaus am Lenbachplatz aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Zunächst allerdings hatten Markus Michalke und Anna Kleeblatt, die beiden Sprecher der Initiative, den Sanierungsstau im kulturellen Bereich in Bayern mit Zahlen und Fakten manifestiert. „Es gibt viele Gründe, warum wir glauben, dass genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, als Bürger die Stimme zu erheben und eine langfristig ausgerichtete Kulturpolitik in Bayern zu fordern“, so Michalke. „In München stehen zur Sanierung an: Residenztheater, Nationaltheater, Herkulesaal, Gasteig, Musikhochschule, Neue Pinakothek, Graphische Sammlung. In Nürnberg ist es das Museum für Industriekultur, das Opernhaus, das Reichsparteitagsgelände, in Bayreuth ist es das Festspielhaus, das Franz-Listz Museum und die Stadthalle, in Regensburg ist es das Velodrom Theater und das historische Museum, in Schweinfurth das Stadttheater, die Kulturwerkstatt in Kempten oder das Staatstheater in Augsburg. Die Liste ließe sich weiterführen. Hinzu kommt, dass Zukunftsprojekte wie Biotopia, Konzerthäuser in München und Nürnberg oder versprochene Museumserweiterungen auf Eis liegen oder abgesagt werden.“

An einem Rechenbeispiel machte Anna Kleeblatt klar, was es heißen könnte, sollte sich ein Bau zum Beispiel für drei Jahre verzögern. „Nehmen Sie die Neue Pinakothek in München – 200 Millionen Euro Sanierungsvolumen. Bei drei Prozent Inflation, wo wir hoffentlich bald wieder hinkommen, wären das sechs Millionen im Jahr, bei drei Jahren 18 Millionen Euro. In Nürnberg sprechen wir von

mehreren 100 Millionen für die Sanierung der Oper, hier in München gar von einer Milliarde. Allein bei diesen drei Projekten sprechen wir von vermeidbaren Kosten in Höhe von 50 Millionen Euro für jedes Jahr Verzögerung. Deshalb brauchen wir einen klaren Plan.“

Und neue Ideen für die Kulturbauten der Zukunft, das unterstrich Regula Lüscher. „Eine Oper zum Beispiel muss künftig mehr sein als eine Oper, eben eine Oper PLUS. Kulturbauten müssen sich öffnen, Begegnungsstätte, Integrationsmaschine und Alltagsorte sein, auch weit über den Kulturbetrieb hinaus, vielleicht einfach nur, um einen Kaffee zu trinken oder eine schöne Aussicht zu genießen.“ Ein Anspruch, den auch das geplante Neue Konzerthaus im Münchner Werksviertel erfüllen könnte. „Die Frage, was wollen wir, ist erstmal keine Frage der Politik, die damit überfordert wäre, denn sie hat andere Aufgaben. Aber die Kulturinstitutionen müssen spartenübergreifend zusammenarbeiten und Inhalte liefern.“

Ein Interimsbau könnte beispielsweise ein Katalysator für die Zukunft unterschiedlicher Institutionen sein, wenn er spartenübergreifend, flexibel und nicht zu perfekt gedacht werde, fasste Markus Michalke Regula Lüschers Aspekte zusammen. „Sinnvoll wäre es, ihn als Drehscheibe für die nächsten 30 Jahre zu konzipieren, auf der immer wieder andere Kulturinstitutionen ein temporäres Zuhause finden und dort auf Akteure anderer Sparten treffen. So hätte ein Interimsbau nicht die Rolle einer Notlösung, sondern die eines Zukunftsermöglichers.“

Die Nutzer*innen von Anfang an einbinden

Wesentlich bei einem geplanten Neubau oder einer anstehenden Sanierung sei es, so Lüscher, die Nutzer*innen von Anfang an einzubinden. „Das ist ein ganz entscheidender Faktor. Sie müssen die Stimmung positiv halten, einer Neidkultur strategisch entgegenwirken, denn der Kulturbetrieb ist ja immer auch ein bedürftiger Betrieb, und eine vorausschauende, professionelle Kommunikation betreiben.“ Beim Stichwort Kommunikation ergänzte Anna Kleeblatt. „Wir glauben, dass ein offen kommunizierter Kulturentwicklungsplan mit Prioritäten und Ressourcenzuteilungen, dazu führt, aus Bayern in 20 Jahren das zu machen, für das es als Bundesland mit Abstand das größtmögliche Potenzial hat: ein lebendiger Kulturstaat auf europäischem Niveau zu sein, in dem die Kultur in all ihren Facetten Teil des Lebens jedes einzelnen Bürgers in Bayern ist.“

Zur neuen Ausrichtung des kulturellen Auftrags gehört auch der Blick auf Zielgruppen. „Wir müssen uns verabschieden von den klassischen Zielgruppen, die unter anderem durch das Alter definiert wurden. Der Lebensstil ist heute die entscheidende Gemeinsamkeit innerhalb einer Zielgruppe“, so Prof. Vera Allmannritter, die als Soziologin einen Einblick in die Zukunft der Gesellschaft gab. Seit 2020 leitet sie das Institut für kulturelle Teilhabeforschung und befasst sich dort umfassend mit den Bedürfnissen von Besuchern und Nichtbesuchern im Kulturbetrieb. „Wir brauchen mehr datenbasiertes Arbeiten, um herauszufinden: Wer sind denn eigentlich unsere Besucher*innen? Was interessiert die, die kommen. Und was interessiert vor allem die, die nicht kommen?“

„Kulturelle Bildung ist ein Grundnahrungsmittel.“

Marion Glück-Levi, stellvertretende Vorsitzende der Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V., forderte dazu auf, bei der kulturpolitischen Gesamtstrategie die kulturelle Bildung mitzudenken. „Kulturelle Bildung ist für mich ein Grundnahrungsmittel, unverzichtbar und notwendig zum Leben. Sie kann Türen öffnen, Teilhabe für alle ermöglichen, das individuelle Leben bereichern und Voraussetzungen für ein gutes gesellschaftliches Miteinander schaffen. Denn Bildung und Kultur sind wesentliche Elemente für eine lebendige Demokratie.“

Dr. Hans-Joachim Hessler, Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, erläuterte den Artikel 3 der Bayerischen Verfassung, der Bayern unter anderem als Kulturstaat definiert. Doch was heißt das? Im Grunde wenig, so die Quintessenz der anschließenden Diskussion. Es ist kein Grundrecht, lediglich eine Staatszielbestimmung ohne klare Konturen und rechtlichen Anspruch. „Daher sind Initiativen und Netzwerke wichtig, um gemeinsam Einfluss zu nehmen“, so Hessler.

Vier Forderungen der Initiative Kulturzukunft Bayern

Dieses Stichwort griff Markus Michalke auf und formulierte gleich vier konkrete Forderungen der Initiative Kulturzukunft Bayern:

- Transparenz über den Zustand der baulichen Kulturinfrastruktur in Bayern.
- Eine eindeutige Zielformulierung, wo die bayerische Kulturpolitik hinwill – einen Kulturentwicklungsplan oder eine Vision „Kultur in Bayern 2030“.
- Auf dieser Grundlage soll jede geförderte Kulturinstitution in Bayern eine klare strategische Positionierung erarbeiten und damit dokumentieren, wie sie den öffentlichen Auftrag erfüllt.
- Dieser Entwicklungsplan muss Teil des nächsten Regierungsprogramms werden und die kommenden fünf Jahre dazu genutzt werden, Vision, Verlässlichkeit und Planbarkeit in der Kulturpolitik auszubauen.

www.initiativekulturzukunft.de

Pressekontakt:

Petra Pintscher
0175 2416621

kontakt@pintscher-kommunikation.de